

Langer Weg

Osteuropa steht erst am Beginn seiner Demokratisierung

Mit den Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei und in Bulgarien in der ersten Junihälfte ist die erste Übergangsphase in den osteuropäischen Ländern nach dem Umbruch im vergangenen Herbst abgeschlossen. Überall hat das Volk gewählt mit auffallend unterschiedlicher Beteiligung, mit massiver in der Tschechoslowakei und auch in Bulgarien, mit starker in der DDR, vergleichsweise auch bei den Kommunalwahlen im Mai, mit sehr viel schwächerer in Ungarn. Aber überall sind demokratische Legislativen und Regierungen entstanden. Und selbst die Sowjetunion, die sich trotz der noch bestehenden Einparteiensherrschaft, auf die die KPDSU zunächst nur auf dem Papier verzichtet hat, nicht nur von den nördlichen (baltischen), westlichen und südlichen Ländern her in einem Prozeß ethnischer Spannungen und bürgerkriegsähnlicher Konvulsionen noch stärker verändert als jeder ehemalige sowjetische Satellit, pluralisiert sich und parlamentarisiert sich zunehmend in rechtsstaatlichen Formen.

Aber bei aller Geschwindigkeit und Radikalität des Wandels zeigt sich doch, daß mit den demokratischen Wahlen in Ost- und Südosteuropa erst der erste Schritt zu dauerhafter Demokratisierung und zum Neuaufbau von Staat und Gesellschaft erfolgt ist. Und auch dieser erste Schritt reicht unterschiedlich weit. Am weitesten wohl in der DDR. Trotz der nach der Währungsunion zu erwartenden politischen und sozialen Friktionen entwickelt sich dort bereits vieles nach bundesrepublikanischem Muster. Und trotz der noch schwierig zu lösenden „äußeren“ europäischen, bündnisbedingten und Abrüstungsaspekte ist es nicht einmal mehr eine Frage der Zeit, wann und wie die beiden deutschen Staaten durch gesamtdeutsche Wahlen sich in einem vereinigen.

Aber wird ob des deutschen Einigungsprozesses nicht allzusehr übersehen, teilweise verdrängt, *wie unsicher und unstabil die Lage im gesamten Ost- und Südosteuropa weiterhin bleibt?* Auch nach den ersten freien Wahlen befinden sich die meisten Länder in einem Übergangsprovisorium. Der Wechsel vom kommunistischen Kommandostaat zur freiheitlichen Demokratie braucht seine Zeit. Daß dieser auch gelingt, ist dort besonders unsicher, wo auf vorkommunistische demokratische Traditionen kaum zurückgegriffen werden kann und wo freiheitliche Alternativen zum bisherigen Einparteiensstaat nicht nur im Erlebnishorizont der Bevölkerung, sondern in der Tradition des eigenen Landes fehlen.

Es ist kein Zufall – siehe Rumänien, siehe auch Bulgarien –, daß dort die *Träger des früheren Regimes* auch in (im Prinzip) freien Wahlen die meiste Zustimmung finden, wo das neue Freiheitspathos von keinen nationalen demokratischen Traditionen getragen wird. Ganz anders hingegen die Situation in Ungarn, Polen und in der Tschechoslowakei mit ihrem in der nationalen Tradition gründenden Freiheitswillen. Bulgarien und Rumänien – bis zuletzt sowjetischer Muster-satellit das eine, von einem nationalstalinistischen Tyrannen ruiniert das andere – waren auch die kommunistischen Länder, in denen im Gegensatz zu Polen, zur Tschechoslowakei, zu Ungarn und auch zur DDR, weder Volksaufstände stattfanden noch dann vom Warschauer Pakt erstickte Reformbewegungen Platz griffen. Auch wenn diesen Ländern für die Rückkehr zu den alten Regimen inzwischen das stützende Umfeld fehlt, der Weg zu einer freiheitlichen Gesellschaft wird noch lang sein.

Aber auch die „mitteleuropäischen“ Länder im Osten und Südosten stehen erst am Beginn einer *Neuorganisation von Staat und Gesellschaft*. Die Sieger von jetzt – das gilt auf jeden Fall für Solidarność in Polen und für das jetzt siegreiche Bürgerforum in Böhmen und Mähren (und dessen Alliierte in der Slowakei), aber zum Teil wohl auch für das jetzige Regierungslager

in Ungarn, wo sich der neue Pluralismus weniger abrupt durchzusetzen hatte –, werden über kurz oder lang sich aufspalten in einen Parteienpluralismus konventioneller Prägung oder von neuen Formationen abgelöst werden. Erst dann wird sich entscheiden, wie stabil die Verhältnisse politisch werden. Der Systemwechsel in der Wirtschaft, die Überwindung des enormen Wohlstandsgefälles im Verhältnis zum Westen wird lange alle Kräfte binden, aber die Ungeduld der Bevölkerung wird zunehmen.

Fast alle ost- und südosteuropäischen Länder einschließlich der baltischen haben mit *ungelösten Minderheitenproblemen* zu kämpfen. Die in ganz Osteuropa neuaufbrechenden Nationalismen werden deren Lösung beträchtlich erschweren. Mit Instabilität muß aber auch deswegen gerechnet werden, weil – die Sowjetunion ist gegenwärtig das eindringlichste Beispiel dafür – durch keine Systemreform und durch keinen Systemwechsel saniert werden kann, was durch den kommunistischen Zwangsstaat an *moralischen Kräften* kaputtgemacht worden ist.

Die *christlichen Kirchen*, die – ob katholisch, protestantisch, orthodox oder „uniert“ – auf je verschiedene Weise, aber allesamt tief in den neuen Wandlungsprozeß und seine Probleme hineinverwickelt sind, werden in dieser Situation bemüht sein müssen, die eigenen Kräfte nicht zu überschätzen, aber doch *über den Rand der eigenen Interessen und der unmittelbar religiösen Aufgaben* hinauszublicken. Sie werden sich hüten – im karitativen Bereich und auch sonst –, Lösungersatz sein zu wollen für alle möglichen gesellschaftlichen Defizite oder für vom Staat vorenthaltene Leistungen. Aber sie werden weniger an sich zu denken haben als an die Bewährung der Christen auf dem Weg, den die Völker jetzt eingeschlagen haben.

Hans Joachim Meyer, der Vorsitzende des Gemeinsamen Aktionsausschusses der Katholiken in der DDR und zugleich DDR-Bildungsminister, sagte auf der Katholikentagshauptkundgebung in Berlin sinngemäß, bezogen auf die Christen in der DDR: Wir kommen erhobenen Hauptes, aber wir

wollen dienen und keine neue Vorherrschaft unter verändertem Vorzeichen. Auf dieses Dienen, ohne vorweg formulierte Ansprüche und auch ohne allzu vermessenem Vertrauen in die christliche Substanz ihrer Länder, werden sich die Kirchen insgesamt besinnen müssen. Die Wahlen, insbesondere in der Tschechoslowakei und das Schicksal der christlichen Demokraten dort, und zwar in beiden Landesteilen, haben gezeigt, daß die alten Ängste vor einem neuen Klerikalismus durch 45 Jahre Kommunismus nicht ausgestorben sind. Tagespolitische Einmischung, parteipolitische Festlegung oder auch ungebremste triumphale kirchliche Auftritte wirken da nur kontraproduktiv. se

Herausforderungen

Die Russische Orthodoxe Kirche und ihr neuer Patriarch

Nicht nur die Sowjetunion als Staat und als System befindet sich derzeit in einer Zerreißprobe mit ungewissem Ausgang. Auch die Russische Orthodoxe Kirche, deren neuer Patriarch Aleksij am 10. Juni in Moskau inthronisiert wurde, durchlebt eine Periode großer innerer Spannungen. Sogar von der Möglichkeit einer Spaltung der Kirche war in den letzten Monaten die Rede. Hauptstreitpunkt der innerkirchlichen Auseinandersetzungen ist die Frage, wie radikal die Reform der Kirche ausfallen und wie schnell sie vonstatten gehen soll. Die Führung der Russischen Orthodoxie verfolgte in den letzten Jahren, als sich im Zuge der Perestrojka Michail Gorbatschows der Freiraum der Religionsgemeinschaften zunehmend vergrößerte, einen vorsichtigen Kurs: Sie begrüßte die neuen Wirkungsmöglichkeiten und stellte die Bedeutung der Kirche als Hüterin der Tradition und als moralische Instanz heraus, zeigte sich gegenüber Forderungen nach einer umfassenden Demokratisierung der Kirche aber eher reserviert. Demgegenüber plädieren Reformgruppen wie die

Bewegung „Kirche und Perestrojka“ für eine Reorganisation der Orthodoxen Kirche „von unten“, eine mutigere Auseinandersetzung mit der Haltung der Hierarchie in der Zeit der Unterdrückung und eine deutlichere Distanz gegenüber dem Staat.

In diesem Sinn richtete eine Gruppe von Priestern und Laien (darunter der bekannte Dissident *Gleb Yakunin*) am 12. Mai einen offenen Brief an die russisch-orthodoxen Bischöfe, in dem u. a. eine Verschiebung des Landeskonzils zur Wahl eines neuen Patriarchen auf einen späteren Zeitpunkt gefordert wurde. Durch die Einberufung des Landeskonzils auf Anfang Juni (Patriarch Pimen war am 3. Mai gestorben; vgl. HK, Juni 1990, 259) sei keine gründliche Vorbereitung möglich. Außerdem kritisierte der Brief die Ernennung von Metropolit *Philaret* von Kiew zum Amtsverweser. Philaret habe durch seine Äußerungen zum Problem der ukrainisch-katholischen Kirche Öl ins Feuer gegossen und dadurch der orthodoxen Kirche in der Ukraine Schaden zugefügt.

Der Metropolit von Kiew war einer der drei Kandidaten für das Amt des Patriarchen von Moskau und ganz Rußland, die von der Bischofsversammlung dem aus Bischöfen, Priestern und Laien zusammengesetzten Landeskonzil vorgeschlagen wurden. In geheimer Abstimmung entschied sich das Konzil dann aber weder für Philaret noch für *Wladimir*, Metropolit von Rostow und Nowotscherkask, sondern für Metropolit *Aleksij* von Leningrad und Nowgorod. Nach allgemeiner Einschätzung wurde mit dieser Wahl ein Mittelweg eingeschlagen: zwischen dem Metropoliten von Kiew als einem ausgeprägten Repräsentanten des bisherigen kirchlichen Establishments, der sich durch seine starre Haltung in der Ukrainerfrage in eine Sackgasse verrannte, und Metropolit *Wladimir*, Kanzler des Moskauer Patriarchats und jüngster der drei Kandidaten, der als Exponent des Reformflügels gilt und auch von „Kirche und Perestrojka“ favorisiert wurde.

Bemerkenswert an der Person des neuen Patriarchen von Moskau und ganz Rußlands ist zunächst seine Her-

kunft: Aleksij wurde 1929 im damals unabhängigen Estland geboren und entstammt einer deutsch-baltischen Adelsfamilie. Man erhofft sich von ihm deshalb eine größere Sensibilität für die Autonomiebestrebungen der Nichtrussen in der Sowjetunion und mehr Distanz gegenüber dem in Teilen der Russischen Orthodoxen Kirche verbreiteten großrussischen Nationalismus. Erste Äußerungen aus der ukrainisch-katholischen Kirche bewerteten die Wahl des Metropoliten von Leningrad und Nowgorod positiv. *Ökumenische Erfahrungen* erwarb der Nachfolger von Patriarch Pimen vor allem im Rahmen der Konferenz Europäischer Kirchen, deren Präsidium er seit 1964 angehört. Seit 1987 steht er an der Spitze der KEK und leitete in dieser Eigenschaft zusammen mit Kardinal Martini die Europäische Ökumenische Versammlung von Basel im Mai vergangenen Jahres (vgl. HK, Juli 1989, 297–299).

Schon 1987 hatte Aleksij die *rechtliche Stellung der Religionsgemeinschaften* in der Sowjetunion kritisiert und sich für die Ablösung der Religionsgesetze von 1929 durch neue Regelungen ausgesprochen. Kurz vor seiner Wahl zum Patriarchen behandelte der Oberste Sowjet jetzt am 30. Mai in erster Lesung das seit geraumer Zeit angekündigte neue *Religionsgesetz* (zu den 1989 bekanntgewordenen Entwürfen vgl. HK, April 1989, 156–158 u. Mai 1989, 205–206). Die Verabschiedung des Gesetzes ist für September dieses Jahres vorgesehen. Es wird sich zeigen, ob der endgültige Gesetzestext den Bedenken der Russischen Orthodoxen Kirche gegenüber der jetzt beratenen Fassung Rechnung trägt. Die Kirche wünscht u. a. Präzisierungen bei den Bestimmungen über den Status religiöser Vereinigungen als juristische Personen, über die Verlagstätigkeit der Religionsgemeinschaften und die religiöse Unterweisung.

Mit programmatischen Äußerungen zur Reform seiner Kirche ist der neue Patriarch in den letzten Jahren nicht hervorgetreten. Seine Hauptaufgabe dürfte in nächster Zeit sein, die Russische Orthodoxie mit ihren auseinanderdriftenden Flügeln und Strömungen